

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 54/1 (2023), 42-64
DOI: 10.60684/msg.v54i1.5

Dieter Schott
Technische Universität Darmstadt

Zur Erfahrungsgeschichte der Hyperinflation 1922/23 in süddeutschen Städten

MSG Moderne Stadtgeschichte
ISSN: 2941-6159 online
<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Zur Erfahrungsgeschichte der Hyperinflation 1922/23 in süddeutschen Städten

This paper analyses the experience of hyperinflation on three different levels: first on the level of the individual consumer, particularly of foreigners, for whom shopping in Germany came close to paradise since their purchasing power was greatly enhanced. Second, the article focuses on relations between consumers and retailers, particularly in frontier regions, where the purchasing power of foreign consumers just beyond the border drove inflation rates up and engendered massive local conflicts in which the city administrations tried to mediate. Third administrative processes and procedures provoked by hyperinflation are discussed. It will be asked how far hyperinflation led to administrative and structural changes of longer duration. Particular attention is directed towards investments in energy utilities. The regional focus will be on cities in South Germany, particularly border cities.

1. Einleitung

Inflation ist – wie wir gegenwärtig wieder eindrücklich erleben – ein Vorgang, dem sich praktisch niemand entziehen kann, der am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, Geld für Arbeit, Vermögen oder Versorgungsansprüche erhält und dieses wiederum für seine alltäglichen Lebensbedürfnisse ausgibt. Jedes Mitglied der Gesellschaft macht also Erfahrungen mit Inflation. In diesem Beitrag werde ich die Erfahrungsgeschichte der Hyperinflation 1922/23 auf drei Ebenen näher beleuchten: zunächst auf der individuellen Ebene einzelner Konsumenten, insbesondere von Ausländer*innen, denen die Inflation geradezu schlaraffenlandähnliche Kaufkraft bescheren konnte. Auf der zweiten Ebene geht es um gesellschaftliche Konflikte zwischen Händlern und Konsumenten, wie sie sich in Grenzstädten darstellten, und die Rolle, welche die Stadtverwaltung darin spielte. Schließlich soll auf einer dritten, im engeren Sinne stadtgeschichtlichen Ebene, untersucht werden, wie die Herausforderungen der Inflation im Verwaltungsalltag von Städten unterschiedlicher Größenordnung bewältigt wurden. Besonderes Augenmerk gilt dabei den temporären Veränderungen einerseits und den dauerhaften Veränderungen andererseits. Als Beispiele für die Konsumerfahrung dienen mir die Grenzstädte Konstanz und Kehl, wo sich die schweizerische und französische Nachbarschaft wegen der starken Kaufkraft der ausländischen Besucher in Geschäften und Gasthöfen der

Grenzstädte inflationstreibend bemerkbar machte. Zur Verarbeitung der Inflationserfahrung im Rahmen der Stadtverwaltungen wird die württembergische Landeshauptstadt Stuttgart in den Blick genommen, für die eine kurz nach der Inflation erschienene Selbstdarstellung einen zeitnahen Blick ermöglicht. Betrachtet werden außerdem süddeutsche Städte unterschiedlicher Größe: die Stadt Konstanz wegen der guten Forschungslage und die kleinere Stadt Singen am Hohentwiel, weil sie in dieser Zeit ein bemerkenswert kostenintensives Brückenprojekt realisierte. Gefragt werden soll hier auch, ob die Inflationserfahrung dauerhafte Veränderungen im Verwaltungshandeln auslöste. Ein besonderes Augenmerk gilt der Energie-Infrastruktur, die deutliche Unterschiede zum sonstigen kommunalen Investitionsgeschehen während der Hyperinflation erkennen lässt.

2. „The way to make money“. Schlemmen in Inflationsdeutschland

Für Ausländer*innen wurde es immer wieder – je nach Devisenkurs – äußerst attraktiv, in Deutschland als einem „Billigland“ einzukaufen oder Urlaub zu verbringen.¹ Diese Problematik manifestierte sich besonders in Grenzregionen, wo die ausländische Kaufkraft massive Auswirkungen auf Warenangebot und lokale Preisentwicklung hatte, aber zugleich konjunkturstabilisierend wirken konnte. Für die nordamerikanisch-kanadische Öffentlichkeit wurde der Schriftsteller Ernest Hemingway, der damals mit seiner Frau in Paris lebte und sich als Zeitungskorrespondent über Wasser hielt, zum Augenzeugen für die Wirkungen der Inflation im Grenzland. In der kanadischen Zeitung *Toronto Daily Star* berichtet Hemingway im September 1922 von einem Tagesausflug ins Inflationsdeutschland. Von Straßburg aus fährt der Schriftsteller mit seiner Frau die kurze Strecke in die badische Grenzstadt Kehl auf der anderen Seite des Rheins. In einer Wechselstube erhält Hemingway für 10 französische Francs 670 Mark, was zu dieser Zeit 90 kanadischen Cents entspricht. „That ninety cents lasted Mrs. Hemingway and me for a day of heavy spending and at the end of the day we had one hundred and twenty marks left“.² Das Ehepaar Hemi-

¹ Vgl. etwa Frederick W. Taylor, *Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas*, München 2013, S. 254-260; in Reaktion auf die Ruhrbesetzung kam es zu zahlreichen Aktionen gegen Ausländer, v.a. Franzosen und Belgier, vgl. Martin Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne*, München 1914-1924, Göttingen 1998, bes. S. 329.

² Ernest Hemingway, *Crossing to Germany is Way to Make Money*, in: *Toronto Daily Star*, September 19, 1922, S. 4. Ich danke Heike Knortz für den Hinweis auf diese Quelle. Hemingway lebte von 1921-1927 in Paris als Europa-Korrespondent des „Toronto Daily Star“ und anderer nordamerikanischer Blätter. Ein männlicher Industriearbeiter verdiente in Kanada 1922 im Durchschnitt 34,8 kan. Dollar/Woche, also etwa 5,8 Dollar/Tag. Der von

ngway betreibt Marktforschung und unternimmt Preisvergleiche in den Geschäften von Kehl, kauft fünf Äpfel für 12 Mark, weniger als 2 kanadische Cents. Unterdessen fragt ein alter Herr nach dem Preis der Äpfel, schüttelt dann aber den Kopf, denn sie wären zu teuer für ihn. In Kehls bestem Hotel lassen die Hemingways sich bei einem 5-Gänge-Menü für 120 Mark, 15 kanadische Cents, verwöhnen; das gleiche Essen würde in Straßburg mehr als einen Dollar, rund das Siebenfache des Kehler Preises, kosten.

Allerdings verbot der französische Zoll die Einfuhr von Waren aus Deutschland über sehr begrenzte Freimengen hinaus. Das Konsumieren beim Nachbarn mit der weichen Währung war aber nicht verboten und so strömten täglich zahlreiche hungrige Franzosen über die Grenze nach Kehl: „The Germans make very good pastries, wonderful pastries, in fact, that, at the present tumbling mark rate the French of Strasbourg can buy for a less amount a piece than the smallest French coin, the one sou piece. This miracle of exchange makes a swinish spectacle where the youth of the town of Strasbourg crowd into the German pastry shop to eat themselves sick and gorged on fluffy, cream-filled slices of German cake at five marks the slice. The contents of a pastry shop are swept clear in half an hour”.³ Als die Hemingways Kehl am späten Nachmittag wieder über die Rheinbrücke verlassen, beobachten sie, wie Ströme der vom Kuchenvertilgen heimkehrenden Straßburger auf der Brücke ihren Landsleuten begegnen, die auf der Suche nach einem billigen Abendessen ebenfalls Kehl besuchen.

3. Inflation in Grenzstädten. „Ausverkauf“ und der Versuch einer lokalen Zollpolitik

Die Inflation war – insbesondere in der Phase der Beschleunigung seit Herbst 1921 und der Hyperinflation seit Sommer 1922 – ein erratischer Prozess, in dem sich Preise für Waren und Dienstleistungen je nach Ausmaß und Effizienz staatlicher Kontrolle höchst unterschiedlich entwickelten. Es gab große Unterschiede im Hinblick auf die inländische und die ausländische Preisentwicklung. Denn der Wertverfall der Mark an den internationalen Devisenbörsen vollzog sich – unterbrochen durch längere Perioden substanzieller Erholung – häufig wesentlich rascher und radikaler als die inländische Preissteigerung.⁴

Hemingway gewechselte Betrag für seinen Tageskonsum entsprach also 1/6 eines Tagelohns. Vgl. Salaries and wages paid in manufacturing industries, by province and industrial group, 1941, with total for significant years, 1917 to 1943, Statistics Canada, https://www65.statcan.gc.ca/acyb02/1947/acyb02_19470552021-eng.htm [24.01.2023].

³ Hemingway.

⁴ Vgl. Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt am Main 2022, S. 71-77.

In der südbadischen Grenzstadt Konstanz machte sich die Nachbarschaft zur Schweiz mit der harten Frankenwährung insbesondere im Einzelhandel bemerkbar. Zwischen Konstanz mit seinen etwa 30.000 Einwohnern Anfang der 1920er Jahre und der unmittelbar angrenzenden Schweizer Gemeinde Kreuzlingen hatten sich die vor 1914 sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen, die im Weltkrieg scharf reduziert worden waren, nach 1918 wieder etwas normalisiert: Konstanz war traditionell die Einkaufsstadt des Schweizer Nachbarkantons Thurgau, dieser wiederum ein agrarisches Hinterland für Konstanz. Die Stadt bezog große Teile ihrer Milch aus dem Thurgau, ebenso Strom, umgekehrt wurde Gas vom Konstanzer städtischen Gaswerk nach Kreuzlingen geliefert. Eine wachsende Zahl von Dauerpassierscheinen war nach Kriegsende ausgegeben worden und gewisse Warengruppen wurden von deutscher Seite nach und nach zur Ausfuhr freigegeben. Der kleine Grenzverkehr, der für die Geschäfte in Konstanz essenziell war, erholte sich etwas. Allerdings gestaltete er sich nach 1918 recht einseitig, denn angesichts des sehr hohen Frankenkurses war der vor 1914 weit verbreitete Kauf von Grundnahrungsmitteln in der Schweiz kaum noch möglich.

Enge Beziehungen gab es insbesondere in der Textilindustrie, wo deutsche und Schweizer Unternehmen teilweise auf beiden Seiten der Grenze Zweigwerke etabliert hatten, um sich die Zollpolitik des Kaiserreichs, die Fertigprodukte hoch, Halbfertigwaren aber nur mäßig mit Einfuhrzoll belegte, zunutze zu machen. Anfang der 1920er Jahre arbeiteten rund 1000 Arbeitnehmer aus Konstanz, meist jüngere Frauen, in Kreuzlinger Textilbetrieben. Ihre in Franken ausgezahlten Löhne waren außerordentlich wichtig, um ihre Familien durch die schwierige Zeit zu bringen.

Der radikale Wertverfall der Mark an den Devisenbörsen machte es – wie schon die Beschreibung Hemingways zeigt – für Ausländer mit stabiler Währung äußerst attraktiv, in Deutschland einzukaufen.⁵ Dieser Umstand bescherte Konstanz und vielen Gemeinden entlang der Grenze zur Schweiz immer wieder Anstürme Schweizer Kund*innen, vor allem in Phasen beschleunigten Kursverfalls.⁶ Dieser „Ausverkauf“, wie dieses Phänomen in der lokalen Presse teilweise bezeichnet wurde, brachte den Konstanzer Geschäftsleuten deutlich gesteigerte Umsätze. Die Gewinne zerronnen ihnen aber – sofern sie keine Gelegenheit zur wertbeständigen Anlage hatten – zwischen den Fingern. Denn da die Waren schneller abverkauft wurden als anderswo, musste früher Ersatzware bestellt werden und bei dieser Ersatzware machten sich die inflationären Preissteigerungen dann umso schneller bemerkbar. Die *Konstanzer Zeitung* berichtete im Oktober 1921: „Sowohl dem Vertilgen der Lebensmittel im Bezirk Lörrach, wie

⁵ Vgl. Taylor, S. 254-260.

⁶ Vgl. Dieter Schott, *Die Konstanzer Gesellschaft 1918-1924*, Konstanz 1989, S. 421-430.

dem Ausverkauf im Bezirk Konstanz und Singen wurde mit Erfolg gehuldigt; die Einwohner wissen darüber ein Lied zu singen. Tatsache ist, daß dadurch die Preise im Grenzgebiet ganz wesentlich in die Höhe gingen: in der Stadt Konstanz ist das Leben und sind fast alle Gebrauchsgegenstände bis zu einem Viertel und einem Drittel teurer als im übrigen Deutschland“.⁷

Diese deutlich höhere Preissteigerungsrate in Konstanz löste massive Proteste der Gewerkschaften und Verbraucher aus. Der rapide Kursverlust der Mark gegen den Franken von Oktober auf November 1921 bewirkte, dass viele deutsche Waren für die Schweizer geradezu lächerlich billig wurden. So konnten Schweizer Käufer im November in Konstanz einen wollenen Kostümrock (Markpreis 200-300) für 5,03-7,05 Franken kaufen, das entsprach dem Gegenwert von 10 l Vollmilch!⁸ Im Herbst 1921 steigerte sich der Protest der Konstanzer Verbraucher so sehr, dass sich die städtischen und staatlichen Autoritäten vor Ort zum Einschreiten gezwungen sahen. Auf einer gemeinsamen Sitzung von Stadtrat und Bezirksamt wurde Anfang Oktober beschlossen, die Sammelbewilligungen, welche die Ausfuhrsperrern im kleinen Grenzverkehr aufhoben, zu widerrufen. Diese am 8.10.1921 in der Presse verkündete Maßnahme hatte zunächst chaotische Zustände an der Grenze zur Folge, denn die Zollbeamten wussten nicht, auf welche Waren sich dies im Einzelnen bezog. Andererseits artikuliert der Verein selbständiger Kaufleute massiven Protest gegen die Maßnahme. Ein Sprecher des Vereins, der bei der badischen Regierung dagegen interveniert hatte, richtete nach seiner Rückkehr aus Karlsruhe scharfe Kritik an Oberbürgermeister und Stadtrat, die nur „Beamteninteressen vertreten“ und die Position des Handels nicht beachtet hätten. Oberbürgermeister Moericke wies diese Kritik klar zurück und unterstrich, dass die Stadt die Interessen der großen Mehrheit der Konstanzer Verbraucher vertrete: „Es handelt sich gar nicht etwa um die Beamten, sondern um die ganze große Masse der Verbraucher, wozu außer den Beamten alle Privatangestellten, Arbeiter, freien Berufe usw. usw., kurzum der größte Teil der Konstanzer Einwohnerschaft zählt; diesen gegenüber stehen dann die Interessen der Geschäftswelt“.⁹ Der Oberbürgermeister verstand sich also als Vertreter des Gemeinwohls, das hier überwiegend als Summe der Konsumenteninteressen definiert wurde. Dennoch war die Stadt sehr bemüht, auch den Interessen des Einzelhandels entgegenzukommen. Der Kompromissvorschlag der Handelsvertreter, Konstanzer Käufer*innen einen Nachlass von 5 % zu gewähren und Schweizer Kund*innen einen Aufschlag von 10 % aufzubürden, wurde jedoch von den staatlichen Behörden,

⁷ Konstanzer Zeitung 15.10.1921; vgl. auch Schott, Konstanzer Gesellschaft, S. 422, FN 69.

⁸ Vgl. ebd., S. 423.

⁹ Stadtarchiv Konstanz S II 4148 Warenausfuhr im kleinen Grenzverkehr, Frankenabgabe 1921, Protokoll der Besprechung vom 14.10.1921.

insbesondere vom Zoll, nicht akzeptiert. Nachdem dann eine völlige Grenzsperrung für Textilien erlassen worden war, brachte ein Handelsinteressen vertretender Stadtrat das Beispiel der österreichischen Bodenseestadt Bregenz ins Spiel, wo von Ausländer*innen mit starker Währung ein Zuschlag von 100 % verlangt wurde. Angesichts der totalen Ausfuhrsperrung übte der Konstanzer Einzelhandel massiven Druck aus, die Grenze wieder teilweise für Waren zu öffnen. Es wurde schließlich eine Kommission gebildet, die einmal eine Sperrliste der zur Ausfuhr nicht zugelassenen Waren erarbeitete, für alle anderen ausfuhrfähigen Waren aber einen Zuschlag von drei Franken pro 100 Mark Warenwert festsetzte, der die Exzesse des Ausverkaufs einschränken sollte.¹⁰ Die Einnahmen aus dieser „Frankenabgabe“ sollten zur Tilgung der Konstanzer Milchschulden verwendet werden. Da Konstanz einen Großteil der Milch aus dem grenznahen Schweizer Umland bezog, waren hier erhebliche auf Schweizer Franken lautende Schulden entstanden.

Diese Ausfuhrabgabe hatte aber nur wenige Tage Bestand, denn am 11.11. verbot das Badische Innenministerium „mit Rücksicht auf die maßlos gesteigerte Ausfuhr an der badisch-schweizerischen Grenze“¹¹ die Ausfuhr aller Waren. Eine Verfügung des Innenministeriums an Bezirksamt und Stadtverwaltung forderte diese zum Bericht auf und machte jede Lösung vom Eingang eines solchen Berichts abhängig.¹² Die Zeiten, in denen eine Stadt und ein Bezirkskommissär, vergleichbar dem heutigen Landrat als Leiter eines Kreises, eigenständig Zollpolitik machen konnten, waren schon lange vorbei. Allerdings hielt die badische Regierung nach einer kurzen Phase des vollständigen Verbots aller Warenausfuhr an der Frankenabgabe fest und ermäßigte sie erst Ende November 1921 auf zwei Franken (beziehungsweise einen Franken für Spielwaren).

Zwischen dem 9. November 1921 (dem Erlass der Frankenabgabe) und Ende Januar 1922 wurden Waren im Wert von deutlich über einer Million Mark über Konstanz ausgeführt.¹³ Die große Zeit des „Ausverkaufs“ war allerdings definitiv vorbei, Anträge von Landespolitikern oder der Handelskammer Konstanz, die Frankenabgabe zu reduzieren oder abzuschaffen, wurden von der Landesregierung durchweg abgelehnt. Ein Konstanzer Stadtrat und Geschäftsmann vermerkte im August 1922, die Geschäftsleute an der Grenze würden nach wie

¹⁰ Vgl. Schott, Konstanzer Gesellschaft, S. 426f. Eine Ausfuhrabgabe von 3 Franken pro 100 Mark entsprach etwa einer Verdoppelung des Preises; am 17.10.1921 lag der Kurs bei 3 Franken für 100 Mark, vgl. ebd., S. 423, FN 74.

¹¹ Stadtarchiv Konstanz, S II 4148, Schreiben des Bezirksamts an den Stadtrat, 11.11.1921.

¹² Stadtarchiv Konstanz, S II 4148, Erlaß des Innenministeriums vom 14.11.1921.

¹³ Vgl. Schott, Konstanzer Gesellschaft, S. 429.

vor schwer unter der Frankenabgabe leiden.¹⁴ Außerdem hatte die Schweiz im Dezember 1921 eine totale Einfuhrsperre zum Schutz ihrer notleidenden Wirtschaft beschlossen und den Geltungsbereich des kleinen Grenzverkehrs auf die unmittelbar an der Grenze gelegenen Gemeinden beschränkt.¹⁵

4. Die Erfahrung der Stadt Stuttgart in der Hyperinflation. Die Sicht der Verwaltung

Kurz nach dem Ende der Hyperinflation reflektierten führende Vertreter der Stuttgarter Stadtverwaltung in „Stuttgart. Das Buch der Stadt“ (1925) die Inflationserfahrung der Hauptstadt Württembergs, zugleich Zentrum einer seit Ende des 19. Jahrhunderts prosperierenden Region.¹⁶ Oberbürgermeister Lautenschlager¹⁷ unterstrich in seiner Einleitung den Ausnahmecharakter der Inflationsperiode: „Nicht immer blieb es leicht, den geordneten Gang der Verwaltung aufrechtzuerhalten und die Grundlagen aller städtischen Wirtschaft, die Finanzen, zu sichern. Die Zeit des Währungsverfalls brachte allen Zweigen der städtischen Verwaltung eine ungeheure Fülle von Arbeit, die wie im industriellen Betrieb oder wie im Haushalt des Einzelnen gleichmäßig in die Beschaffung der Mittel und in ihre zweckmäßige Verwendung zerfiel“.¹⁸

Hoffnungsvoll sah Lautenschlager aus der Perspektive des Jahres 1924 das öffentliche und wirtschaftliche Leben sich wieder beruhigen. Die Inflation unterbrach die längerfristigen Prozesse der modernen Urbanisierung nicht grundsätzlich, sie veränderte jedoch ihre Verarbeitung. So setzte sich 1922 das bereits vor 1914 begonnene territoriale Ausgreifen der Landeshauptstadt ins Umland mit der Eingemeindung von Botnang, Kaltental, Obertürkheim und Healdingen fort. Insbesondere die beiden letzten Gemeinden waren wichtig für den Ausbau der Infrastruktur am Neckar und die sich dort entwickelnden Industriegebiete. Allerdings erschwerte die Hyperinflation offensichtlich die ver-

¹⁴ Stadtarchiv Konstanz S II 4148 Warenausfuhr im kleinen Grenzverkehr, Frankenabgabe 1921, Notiz Rebholz 10.8.1922.

¹⁵ Vgl. Schott, Konstanzer Gesellschaft, S. 431; Jean-Francois Bergier, Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich/Köln 1983, S. 262ff. und 270f.

¹⁶ Fritz Elsas (Hrsg.), Stuttgart. Das Buch der Stadt, Stuttgart 1925, (Repr. Frankfurt am Main 1980).

¹⁷ Lautenschlager war einer der nicht ganz so seltenen Oberbürgermeister, der über den Umbruch der Novemberrevolution hinaus im Amt geblieben war. Er war bereits 1911 zum Oberbürgermeister gewählt worden und stand der linksliberalen württembergischen Demokratischen Volkspartei nahe. Im April 1921 wurde er vom Gemeinderat in seinem Amt bestätigt, vgl. Otto Borst, Stuttgart. Die Geschichte der Stadt, 3. Aufl., Stuttgart 1986, S. 366.

¹⁸ Oberbürgermeister Lautenschlager, Stuttgart, in: Fritz Elsas (Hrsg.), Stuttgart, S. 9-10, hier 10.

waltungsmäßige Integration der neuen Teilgemeinden. Deutliche Kritik artikulierten Rechtsrat Hirzel und auch andere Beiträger an der staatlichen (württembergischen) Verwaltung, der ein Verständnis für die besonderen Nöte und Probleme der Kommunen und insbesondere der Großstädte fehle.¹⁹

Ein Hauptproblem in der Hyperinflation war die Langsamkeit kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse, weil Preise und Gebühren immer rascher und häufiger an die Geldentwertung angepasst werden mussten. Rechtsrat Hirzel rechtfertigte, dass es „als in der Hochflut der Geldentwertung rasche Entschlüsse immer häufiger nötig wurden, zu einer starken Ausdehnung der Vollmachten der an Stelle des Gemeinderats handelnden Abteilungen [kam]“²⁰, also einer Ent-Demokratisierung, was letztlich nicht zu umgehen gewesen sei.

Die Hyperinflation erzwang zudem eine markante Aufstockung des Verwaltungsapparats, wobei man sich bemühte, für die zusätzlichen Stellen, die man insbesondere für das Geldzählen in vielen städtischen Ämtern und Betrieben benötigte, nicht Beamte, sondern Beschäftigte mit Angestellten- und Aushilfsverträgen einzustellen. Die außerordentliche Belastung des Personals führte zu „vielfachen körperlichen Zusammenbrüchen“ als Folge der Überanstrengungen.²¹ Nicht ohne Stolz betonte Hirzel, dass sich die Beamtenschaft aber letztlich den ungewohnten Anforderungen gewachsen zeigte. Sehr rasch nach Stabilisierung der Währung ging die Stadt Stuttgart an den Abbau des aufgeblähten Personalapparats: Im März 1924 beschäftigte die Stadt nur noch 2757 Beamte und Hilfskräfte, 18 % weniger als noch im April 1923, die Zahl der Arbeiter war um 15,5 % auf 2155 zurückgegangen.²² Der Abbau wurde auch durch den Wegfall der vom Reich bezahlten Besoldungszuschüsse erzwungen. Auch auf Reichsebene vollzog sich der Personalabbau in erheblichem Umfang; die Reichsbahn baute etwa bis April 1924 über ein Viertel ihrer Beschäftigten ab.²³

¹⁹ Walter Hirzel, Die Städtische Verwaltung, in: Fritz Elsas (Hrsg.), Stuttgart, S. 127-132, hier 127; vgl. zu den Problemen um die Eingemeindungen auch Borst, S. 371-374.

²⁰ Hirzel, S. 128f. In der Stadt Konstanz wurde die Aufgabe der schnelleren Beschlussfassung über Gebühren und Tarife einem „gemischten beschließenden Ausschuß“ übertragen, zusammengesetzt aus dem Oberbürgermeister, einem Bürgermeister, sieben Stadträten und 14 Stadtverordneten. Dieser Ausschuss konnte mit kürzerer Frist eingeladen werden und reduzierte die Zahl der Bürgerausschuss-Sitzungen von zehn (1922) auf nur noch fünf in 1923, vgl. Schott, Konstanzer Gesellschaft, S. 442. Das Problem der rascheren Anpassung der Tarife an die Geldentwertung wird auch von Gerold Ambrosius hervorgehoben, vgl. Gerold Ambrosius, Öffentliche Unternehmen in der Inflation 1918 bis 1923, in: Gerald D. Feldman u.a. (Hrsg.), Die Anpassung an die Inflation, Berlin/New York 1986, S. 357-391, bes. S. 371-376.

²¹ Hirzel, S. 130.

²² Heinrich Schäfer, Die städtische Finanzgebarung 1923/1924, in: Fritz Elsas (Hrsg.), Stuttgart, S. 133-141, hier S. 134.

²³ Zum Abbau allgemein vgl. Andreas Kunz, Stand versus Klasse. Beamtenschaft und Ge-

Der Abbau ging in Stuttgart offenbar, folgt man der Darstellung der leitenden Verwaltungsbeamten, ohne massive Protestbewegungen über die Bühne. Hirzel erwartete, dass die Stadt, mit Ausnahme der neuen Aufgaben im Sozialwesen und in den erheblich expandierten technischen Betrieben, das städtische Personal auf den Stand von vor 1914 werde reduzieren können.²⁴

Die Inflation hatte bereits während des Krieges eingesetzt, erfuhr aber dann ab 1922, wie sich an den Haushaltsausgaben Stuttgarts zeigt, nochmals eine exorbitante Beschleunigung:

Summe aller Ausgaben der Stadt Stuttgart²⁵

1913 = 43.700.000 Mark
1918 = 63.700.000 Mark
1919 = 111.000.000 Mark
1920 = 350.000.000 Mark
1921 = 416.700.000 Mark
1922 = 27.500.000.000 Mark
1923 = 1.940.000.000.000 Mark

Welche Folgen hatte die Hyperinflation nun für die städtischen Finanzen im engeren Sinne? Eine geordnete kommunale Finanzwirtschaft mit Aufstellung eines realistischen Haushaltsplans und „Abarbeitung“ dieses Plans war praktisch nicht mehr möglich. Der Etat für das Haushaltsjahr 1922 (1.4.1922-31.3.1923) wurde erst im Juni 1923, also nach Abschluss des eigentlichen Haushaltsjahres, festgestellt und brachte mit 27,5 Milliarden Gesamtausgaben eine Verachtfachung gegenüber der ersten Aufstellung vom August 1922.²⁶ Trotz dieser Probleme hielt Stadtpfleger Schäfer – „Stadtpfleger“ war der süddeutsche Begriff für „Stadtkämmerer“ – an der Notwendigkeit einer Haushaltsaufstellung fest. Allerdings räumte auch er ein, dass auf dem Höhepunkt der Inflation vom Juni bis November 1923 die kommunale Finanzwirtschaft praktisch kollabierte, „... bis man schließlich darauf verzichtete und angesichts des Zurückbleibens der Einnahmeseite, speziell der Steuern, [...], darauf verzichten

werkschaft im Konflikt um den Personalabbau 1923/24, in: Geschichte und Gesellschaft H. 1/1982, S. 55-86. Seit Ende 1921 erstattete das Reich den Gemeinden 60 % des Mehrbedarfs für Personalausgaben, die diese im Vergleich zum Stand vom 30.9.1921 aufwenden mussten, vgl. Gisela Upmeier, Die Entwicklung der kommunalen Ausgaben und Einnahmen im Verlauf des Währungszerfalls, in: Karl-Heinrich Hansmeyer (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart u.a. 1973, S. 63-71, hier S. 64.

²⁴ Hirzel, S. 131.

²⁵ Nach Schäfer, S. 134.

²⁶ Borst erwähnt eigens, dass der Haushalt von 1922 erstmals nicht mehr ausgeglichen werden konnte, Borst, S. 370.

mußte, im Rennen mit der Markentwertung noch einigermaßen Schritt zu halten, vielmehr sich auf die notdürftigste Führung der laufenden Wirtschaft, auf weitgehendste Einschränkung aller nicht abweisbaren Ausgaben zurückzog“.²⁷

Der Haushalt 1923 zeigte eine signifikante Verschiebung von investiven zu konsumtiven Ausgaben. Für Personal musste 13,5 % der Ausgaben angesetzt werden, was nach dem Personalabbau wieder deutlich reduziert werden konnte. Der größte Einzeletat entfiel auf Wohlfahrtspflege und Fürsorgewesen, was 31 % des Etats beanspruchte im Vergleich zu knapp 9 % vor dem Ersten Weltkrieg. Dies reflektiert einmal die Massenverarmung im Verlauf von Krieg und Inflation, aber auch den Umstand, dass die Weimarer Republik in ganz anderer Weise als das Kaiserreich zum Sozialstaat geworden war und die Stadt ihre Ausgaben dafür nur zum Teil von Reich und Land erstattet erhielt.²⁸ Für Erziehung und Bildung wandte Stuttgart 15,5 % des Haushalts auf, vor allem die Ausgaben für den Unterhalt der Schulgebäude waren überproportional gestiegen.²⁹ Für Tiefbauarbeiten gab Stuttgart 1923 nur 7 % aus, ein Anteil, der wegen des vordringlichen Bedarfs für soziale Ausgaben sehr erheblich unter den Etatsansätzen der Haushalte vor 1914 lag. 1924 war daher ein beträchtlicher Investitionsrückstand bei Straßen und Kanälen entstanden. Schwierig gestaltete sich auch die weitere Finanzierung der Neckarkorrektion, ein Großprojekt, das die Stadt Stuttgart schon länger verfolgt hatte. Nur in Zusammenarbeit mit dem württembergischen Staat und der Neckar AG, welche die Interessen des Reichs an einer Großwasserstraße und der Elektrizitätsgewinnung aus der Wasserkraft vertrat, sei, so Schäfer, eine Fortführung der Arbeiten möglich. Für Polizei und Feuerwehr waren rund 7 % der Ausgaben vorgesehen.

Im Hinblick auf die Einnahmen beklagte Schäfer, dass die württembergischen Gemeinden in der Steuerverteilung schlechter gestellt würden als in anderen Teilen des Reichs, denn sie erhielten nur ein Drittel des auf Württemberg entfallenden Anteils an der Reichseinkommens- und Körperschaftssteuer.³⁰ Zudem wurden die Steuerzuweisungen 1923 meist deutlich verzögert an die Gemeinden überwiesen, „so daß die Gemeindegewirtschaft monatelang in geradezu katastrophaler Lage sich befand und häufig zu Kreditinanspruchnahme greifen mußte“.³¹

²⁷ Schäfer, S. 133.

²⁸ Vgl. ebd., S. 135; zur Weimarer Republik als Sozialstaat vgl. Heike Knortz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit, Göttingen 2021, bes. S. 191-220.

²⁹ Vgl. Schäfer, S. 136. Vgl. dazu auch Jürgen Reulecke, Auswirkungen der Inflation auf die städtischen Finanzen, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933, München 1985, S. 97-116, hier: S. 109f.

³⁰ Vgl. Teupe, Stadt – Land – Reich in diesem Heft. Im reichsweiten Durchschnitt erhielten die Kommunen gut 36 % der Einkommens- und Körperschaftssteuern.

³¹ Schäfer, S. 138.

Die vom Reich angebotenen Notstandsdarlehen wurden von Stuttgart auch abgerufen, waren allerdings von der Summe her eher unbedeutend.

Die Geldentwertung führte zum fast völligen Ausfall einer der Säulen kommunaler Einnahmen, der Ertragssteuern auf Grund, Gebäude und Gewerbe. Eine Anpassung der Steuerkataster, das heißt eine an die Inflation angepasste Erhöhung der Steuerwerte, erfolgte erst zum Oktober 1923. Dementsprechend wurden diese Steuern bis zu diesem Zeitpunkt durch die Inflation fast völlig entwertet. Dies brachte Grundbesitzern und Gewerbetreibenden vorübergehend eine sicher willkommene Entlastung. Allerdings erhöhte sich mit den neuen Katastern und der Umstellung der Steuerschulden auf Goldmark ab Spätherbst 1923 die Realbelastung durch diese Steuern dramatisch, was sich in vielfachen Klagen der Betroffenen zeigte. Stuttgart stellte im August 1923 die Berechnung seiner Gebühren und Tarife auf Goldmarkbasis um, das heißt, ab diesem Zeitpunkt wurde der in Goldmark festgesetzte Preis jeweils mit dem aktuellen Multiplikator vervielfacht. Damit waren die städtischen Einnahmen aber noch nicht gegen Entwertung geschützt, denn bezahlt wurde weiterhin mit Papiermark. Zudem gab es einen nicht unerheblichen Zeitverzug zwischen Rechnungsstellung und Bezahlung.³²

Um diese Lücke zu schließen, führten die Technischen Betriebe Stuttgarts Gutscheine ein, mit denen die Konsumenten eine bestimmte Menge Gas oder Strom im Voraus kaufen konnten. Hierfür mussten über die ganze Stadt verteilte Verkaufsstellen eingerichtet werden. Das Verfahren sicherte den Werken zwar Liquidität und verminderte die Entwertung durch Zeitverzug zwischen Rechnungsstellung und Bezahlung, aber es war bürokratisch so aufwendig, dass es unmittelbar nach der Stabilisierung wieder eingestellt wurde.³³ Beendet wurde wohl auch das während der Hyperinflation praktizierte wöchentliche Ablesen der Zähler.³⁴

Die technischen Betriebe hatten vor dem Krieg substanziell zu den städtischen Einnahmen beigetragen. Im Haushalt 1923 war ein Beitrag in ähnlicher Höhe wie 1914, nämlich 11 % der Einnahmen vorgesehen. Tatsächlich konnten die Betriebe aber nur in deutlich geringerem Maße zu den Einnahmen beitra-

³² Ebd., S. 138f.

³³ Vgl. D. Sigloch, Die technischen Betriebe der Stadt Stuttgart, in: Elsas, Stuttgart, S. 148-156, hier S. 149. Solche Gutscheinverfahren gab es in vielen Städten; Mannheim verkaufte etwa ab Oktober 1923 Gasmarken auf Goldmarkbasis, die bei der Bevölkerung als wertbeständige Geldanlage außerordentlich beliebt waren, vgl. Andrea Perthen, Die Weimarer Jahre. Zwischen Krise und Aufbruch, in: MVV Energie (Hrsg.), 150 Jahre Mannheimer Energien. Wasser, Strom und Wärme von MVV, München 2023, S. 181-214, hier S. 185.

³⁴ Vgl. Ambrosius, S. 372. Bis Anfang 1921 war eine vierteljährliche Ablesung üblich gewesen.

gen.³⁵ Nach der Stabilisierung verfügte die Stadt über fast keine liquiden Mittel mehr, denn das früher übliche Betriebskapital der Stadthauptkasse in Form von Fonds für Abschreibungen, Restvorbehalten noch nicht abgeschlossener Vorhaben et cetera war völlig entwertet und musste erst wieder neu gebildet werden. Die Finanzknappheit verhinderte jede aktive Bodenpolitik der Stadt, also den Ankauf von Grundstücken in Erwartung künftiger Nutzung für städtische Bauvorhaben oder als Tauschobjekte, ein Feld, das an sich seit dem frühen 20. Jahrhundert zum Aktionsrepertoire fortschrittlicher Großstadtverwaltungen gehörte.³⁶ Hier sah Schäfer dringenden Handlungsbedarf nach der Stabilisierung.

Stuttgart bediente sich auch des Anleihemarkts, um seine Ausgaben zu finanzieren. Zwei Anleihen in Höhe von 500 Mio. (Anfang 1923) und nochmals 500 Mio. Mark (April / Mai 1923) mit 8 beziehungsweise 10 % Zinsen wurden offenbar problemlos platziert. Die erste Anleihe diente einer großen Erweiterung des Elektrizitätswerks Münster, denn die eigentlich dafür gebildeten Abschreibungsfonds des E-Werks waren durch die Inflation entwertet. Man setzte nunmehr die eingeworbenen Anleihebeträge sehr schnell in Baumaterial oder Maschineneinrichtung um und stellte so sicher, dass die substanzielle Werkserweiterung weitergeführt werden und das Werk im Sommer 1924 in Betrieb gehen konnte.³⁷ Die Anleihegelder fanden außerdem Verwendung für die Fertigstellung von immerhin 135 Kleinwohnungen, wobei Schäfer einräumte, dass ein Teil der Anleihegelder, eigentlich für investive Zwecke bestimmt, auch zur Deckung des allgemeinen Bedarfs benutzt werden musste. Die dritte Anleihe, im Dezember 1923 als wertbeständige Anleihe über eine Million Goldmark mit 6 % Zinsen aufgelegt, war dagegen ein Flop. Die Situation hatte sich durch die Stabilisierung radikal verändert. Schäfer schrieb den Misserfolg insbesondere auch dem „völligen Fehlen der mittleren und kleineren Zeichner“ zu.³⁸

Welche Lehren zog man nun aus den Erfahrungen der Hyperinflation? Hirzel brachte dies auf den Nenner „Steigerung der Beweglichkeit“ und „rasche und eindeutige Verantwortlichkeit“, insbesondere im Bereich der städtischen Betriebe, die in den Inflationsjahren weiter ausgebaut worden waren.³⁹ Zudem wurde die Berechnung hausbezogener städtischer Gebühren rationalisiert: Anstelle bislang unterschiedlicher Schlüssel für Straßenreinigung, Latrinentleerung und Müllabfuhr wurde nun generell der Steuerwert des Gebäudes zu-

³⁵ Vgl. Schäfer, S. 139.

³⁶ Vgl. Dirk Schubert u.a. (Hrsg.), Die Reform der Großstadt (=Informationen zur modernen Stadtgeschichte H. 1/2014).

³⁷ Vgl. Schäfer, S. 140; Sigloch, S. 151.

³⁸ Schäfer, S. 140.

³⁹ Hirzel, S. 130.

grunde gelegt, was den Verwaltungsaufwand erheblich reduzierte.⁴⁰ Für die Zeit nach 1924 zeigte sich zudem ein erheblicher Nachholbedarf; vieles war in den Kriegs- und Inflationsjahren liegen geblieben, viele Investitionen nicht getätigt worden, vor allem im Bereich des Straßen- und Verkehrswesens.⁴¹

Auffällig ist, dass der sonst recht detaillierte finanzpolitische Beitrag des Stadtpflegers Schäfer auf den Komplex des städtischen Notgelds und den Stand der städtischen Schulden zum Ende der Inflation gar nicht eingeht. Möglicherweise war es politisch zu kontrovers zu erwähnen, dass die Stadt sich, wie auch der Staat, im Verlauf der Inflation gewissermaßen entschuldet hatte. Denn dies ging natürlich zu Lasten der Bürger*innen, welche zuvor kommunale Anleihen erworben und gehalten hatten, die in der Hyperinflation zu einem Bruchteil ihres früheren Realwerts zurückgezahlt worden waren.⁴²

5. Der Ausbau der Energie-Infrastruktur in der Hyperinflation

Der Stillstand beziehungsweise Investitionsrückstau während Krieg und Inflation, den die Stuttgarter Beamten insgesamt beklagten, galt jedoch nicht oder nur sehr eingeschränkt für die technischen Betriebe Stuttgarts. Hier ist in allen Sparten, insbesondere aber beim Strom, der im Prokopf-Verbrauch zwischen 1913 und 1922 um 110 % wuchs, ein starkes Wachstum des Absatzes erkennbar. In Reaktion darauf bemühten sich die Werksleiter mit einigem Erfolg, auch die Grundlagen für ein nach Ende der Inflation erwartetes noch stärkeres Wachstum zu schaffen. Den Erwartungshorizont bildete hier das benachbarte Ausland: In der Schweiz betrug der Prokopf-Verbrauch an Elektrizität 1924 rund 650 kWh, während er in Stuttgart bei 203 kWh lag.⁴³ Der technische Bürgermeister Sigloch schätzte es als außerordentliche Leistung der Werksleiter ein, dass sie ihre „größte Sorge [...] der Instandhaltung und Erweiterung der Betriebsmittel [zuwandten], um auch den höchsten Anforderungen an Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit gerecht werden zu können. In einer Zeit stark sinkenden Geldwertes sind hier von den Werken umfangreiche Neuwerte geschaffen worden, die künftig in der Vermögenssubstanz der Stadt einen bedeu-

⁴⁰ Schäfer, S. 139.

⁴¹ Ebd., S. 135.

⁴² Geyer unterstreicht die verbale Zurückhaltung der Stadt München im Hinblick auf die Reduzierung städtischer Schulden von 447 Millionen Goldmark (1914) auf nur noch 53,5 Millionen Reichsmark (1924), Geyer, S. 359. Vgl. auch den Beitrag von Heike Knortz in diesem Heft.

⁴³ Vgl. Sigloch, S. 148.

tenden Faktor bilden und der konsumierenden Bevölkerung eine sichere und gleichzeitig wirtschaftliche Belieferung gewährleisten werden“.⁴⁴

Im Unterschied zu anderen Teilen der städtischen Infrastruktur war es also demnach den technischen Betrieben gelungen, den Wert der Anlagen zu erhalten oder sogar zu steigern. Die Leistungsfähigkeit der städtischen Kraftwerke stieg auf mehr als das Dreifache gegenüber 1913/14, die Länge der Hochspannungskabel verdoppelte und die Länge der elektrisch beleuchteten Straßen versechsfachte sich. Zugleich wurde das Stuttgarter Stromnetz mit einigen der anderen großen Elektrizitätserzeuger in der Region verkoppelt, etwa dem Bayernwerk, dessen ebenfalls in der Inflation gebautes Walchenseekraftwerk erhebliche Strommengen zur Verfügung stellte.⁴⁵ Während der Hyperinflation konnten die Werke allerdings ihre fiskalische Funktion für die Stadt als Überschussbetriebe nicht oder nur zum geringen Teil erfüllen. Möglicherweise waltete eine Art „Betriebsegoismus“, der die Werksleiter veranlasste, liquide Mittel schnellstmöglich in den Ankauf von Kohle und anderen Betriebsmitteln oder in die Modernisierung der Anlagen zu stecken, anstatt Ablieferungen an die Stadtkasse zu tätigen. Die oben zitierte Äußerung von Sigloch über die Leistung der Werksleiter zur Schaffung von „Neuwerten“ legt dies nahe. Die außerordentliche Schwierigkeit, die Einnahmen der technischen Betriebe gegen Geldentwertung zu schützen, zeigt die unten abgebildete grafische Darstellung.

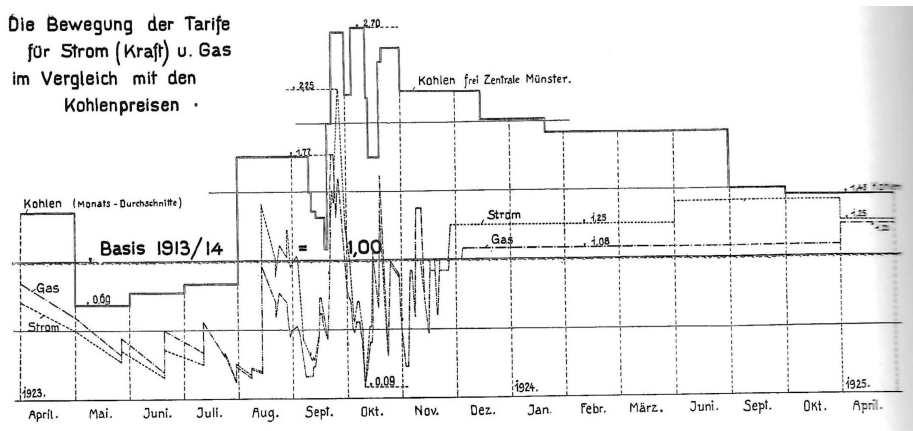


Abb. 1: Die Bewegung der Tarife für Strom (Kraft) und Gas im Vergleich mit den Kohlepreisen.

⁴⁴ Ebd., S. 150f.

⁴⁵ Ebd., S. 156. Zum Walchenseekraftwerk vgl. auch Fritz Blaich, Die Energiepolitik Bayerns 1900-1921, Kallmünz 1981.

Die Gas- und Strompreise werden hier in Relation zu den Kohlenpreisen gesetzt und beide als Indexzahlen preisbereinigt im Verhältnis zum Durchschnitt der Jahre 1913/14 dargestellt. In der Grafik ist diese Basis von 1913/14 in der Mitte mit einer geraden, etwas stärkeren durchgezogenen sowie punktierten Linie markiert. Man erkennt drei deutlich unterschiedliche Perioden: Ab April 1923 sanken Strom- und Gaspreise real, bis sie Anfang August nur noch etwa 20 % des Indexwerts der Vorkriegszeit erreichten. Dann folgte nach der Festsetzung von Goldmarkpreisen bis Ende November eine erratisch fluktuierende Preisbewegung, bei der das Vorkriegsniveau meist unterschritten, gelegentlich aber auch, zum Beispiel Ende September 1923, auf mehr als das Doppelte des Vorkriegsniveaus überschritten wurde. Nach der Währungsstabilisierung Ende November 1923 pendelte sich der reale Preis dann bei Gas leicht (1,08) und bei Strom deutlich (1,25) über dem Vorkriegsniveau ein. Die Kohlenpreise lagen nach der Stabilisierung beim mehr als Zweifachen des Vorkriegsniveaus, gingen jedoch bis September 1924 auf etwa das Eineinhalbfache zurück. Da Kohlen der größte Kostenfaktor der Strom- und Gaserzeugung waren, wird man davon ausgehen können, dass die technischen Betriebe 1924 weniger Gewinn abgeworfen haben dürften als 1913/14, zumal auch die Löhne insgesamt deutlich gestiegen waren. Allerdings dürfte der technische Fortschritt – der geringere Kohleverbrauch pro erzeugter Kilowattstunde – diese Problematik etwas gemildert haben. Das Stuttgarter Elektrizitätswerk scheint zumindest bei der Gewinnung der Industrie als Kraftstromkunden sehr erfolgreich gewesen zu sein. Im Unterschied zu Industriebetrieben in anderen Teilen des Reiches nutzten auch die größeren Industriebetriebe Stuttgarts, etwa Daimler und Bosch, das städtische Elektrizitätswerk für ihre Stromversorgung.⁴⁶

War Stuttgart mit der durchgängigen und nachhaltigen Investition in die Energie-Infrastruktur auch während der Hyperinflation nun eine Ausnahme? Ambrosius scheint aufgrund seiner Untersuchung mehrerer öffentlicher Unternehmen in der Inflation diese These zu vertreten. Er geht eher von einer Dekapitalisierung der Stadtwirtschaft aus und behauptet, dass 1923 „nur noch Ersatzinvestitionen getätigt wurden“.⁴⁷ Allerdings lassen sich eine Reihe von wei-

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 158. Allerdings waren bei Bosch, einem der größten Stuttgarter Industriebetriebe, die Erfahrungen mit der Versorgung durch die Stadt nicht uneingeschränkt positiv. Ein Überblick der Firma über die Entwicklung der Kraftversorgung erläutert, dass 1913 im Zusammenhang mit der Herstellung eines Hochspannungsanschlusses (3 kV) an das Stadtnetz mit eigener Umformeranlage auch die bisherigen eigenen Stromerzeugungsaggregate abgebaut wurden. Dies habe man in der Nachkriegszeit während der Ruhrbesetzung sehr bedauert, „weil im Stuttgarter Werk wegen Strommangel die Arbeit oft tagelang ausgesetzt werden mußte“. Aus: Unsere Werkanlagen Stuttgart – Feuerbach, in: Robert Bosch GmbH, Historische Kommunikation, 1 024 410, S. 9f.

⁴⁷ Ambrosius, S. 390.

teren Beispielen anführen, die belegen, dass auch mitten in der Hyperinflation – trotz gewaltiger Schwierigkeiten – Großprojekte der Energie-Infrastruktur zum Abschluss gebracht wurden.

In der Region um Mannheim war bereits kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein regionales Verbundnetz zwischen dem Kraftwerk Rheinau und dem Mannheimer Kraftwerk im Industriehafen hergestellt worden. Zudem war dafür eine Abnahmepflicht für Strom aus Wasserkraft aus dem staatlichen Murgwerk im nördlichen Schwarzwald vereinbart worden.⁴⁸ Das Kraftwerk Rheinau bildete aufgrund dessen einen regionalen Elektrizitätsknoten, wo die Netze der Stadt Mannheim, des Murgwerks, der hessischen HEAG in Darmstadt und der Pfalzwerke in Ludwigshafen bis hin zum Kraftwerk Homburg/Saar verkoppelt wurden. Als nach dem Ersten Weltkrieg die Stromversorgung aus den Kohlekraftwerken an der Saar wegen der französischen Besetzung des Saargebiets gefährdet schien, gab dies den Anstoß zur Planung eines neuen Großkraftwerks bei Mannheim, an dem sich neben dem Badenwerk, den Pfalzwerken und der Neckar AG auch die Stadt Mannheim als Gesellschafter beteiligte. Das Mannheimer kommunale Kraftwerk konnte den stark gestiegenen Bedarf nicht mehr befriedigen.⁴⁹

Der Bau des Großkraftwerks in Mannheim-Neckarau, direkt am Rhein gelegen, begann noch 1921. Der Weiterbau wurde durch die Inflation erheblich erschwert, vor allem dann 1923 auch durch die Ruhrbesetzung, in deren Folge das Mannheimer Hafengebiet vorübergehend okkupiert wurde. Dennoch gelang es, das Werk im Herbst 1923 mit dem ersten Maschinensatz in Betrieb gehen zu lassen. Kurz darauf wurden die älteren Werke, darunter auch das städtische Kraftwerk Mannheim, stillgelegt und nur noch als Reserve genutzt.⁵⁰ Für die Mannheimer Stromkonsumenten reduzierten sich ab Juni 1924 dank des deutlich effizienteren Großkraftwerks die Strompreise nicht unerheblich.⁵¹ Das Großkraftwerk Mannheim verdeutlicht auch die neuartige Tendenz, dass Städte solche Kraftwerke nicht mehr in eigener Regie errichteten, sondern sich an gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften beteiligten, die dann häufig als Aktiengesellschaft mit überwiegend öffentlichen Gesellschaftern eingerichtet wurden.⁵²

⁴⁸ Vgl. Bernhard Stier, Staat und Strom. Die politische Steuerung des Elektrizitätssystems in Deutschland 1890-1950, Ubstadt-Weiher 1999, S. 103-111.

⁴⁹ Vgl. Perthen.

⁵⁰ Vgl. 25 Jahre Großkraftwerk Mannheim AG, 8. November 1921- 1946 [Festschrift zum 25jährigen Bestehen], MARCHIVUM A 28/30, S. 3f.; Perthen, S. 185.

⁵¹ Mannheimer General-Anzeiger 14.6.1924 (Mittagsausgabe), S. 3: Licht 54 auf 50 Pf/kWh, Kraft 27 auf 25 Pf/kWh, Großkunden 14 auf 10-11 Pf/kWh.

⁵² Vgl. Dieter Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die ‚Produktion‘ der modernen Stadt. Darmstadt - Mannheim - Mainz

Zeitlich parallel erfolgte der Bau des Großkraftwerks Württemberg in Heilbronn, das im September 1923 in Betrieb gehen konnte. Im Verlauf der Bauzeit musste das Aktienkapital mehrmals substanziell erhöht werden, der Bericht im *Mannheimer General-Anzeiger* vom 1.3.1924 betont allerdings, dass „die Bilanzzahlen [...] naturgemäß keinen Schluß auf die wahren Werte zu[lassen], da bessere und schlechtere Papiermark in der ziffernmäßigen Höhe, wie sie jeweils ausgegeben wurde, verbucht worden sind. Erst nach der Umstellung auf Goldmark werden die richtigen Werte erkennbar“.⁵³ Auch München baute 1921-1923 ein allerdings deutlich kleiner dimensioniertes Laufwasserkraftwerk an einem Isar-Werkkanal, das immerhin 3,3 MW Leistung erbrachte.⁵⁴

Es fehlen explizite Belege dafür, dass die Planer dieser Großkraftwerke bewusst auf die entschuldungsfördernde Wirkung der Hyperinflation setzten.⁵⁵ Aber angesichts der sonst beobachteten Lähmung kommunaler Investitionstätigkeit in der Hyperinflation ist es doch bemerkenswert, dass die beteiligten Akteure trotz aller finanziellen und materiellen Schwierigkeiten mit großer Hartnäckigkeit an einer zügigen Fertigstellung der Großprojekte festhielten.

6. Bleibende Werte in der Hyperinflation schaffen. Die Millionenbrücke

Ein visuelles Zeugnis der Hyperinflation findet sich heute noch in der südbadischen Industriestadt Singen am Hohentwiel – gut 11.000 Einwohner Anfang der 1920er Jahre –, wo an einer Straßenbrücke über die Aach eine Inschrift die astronomischen Baukosten von 1.520.940.901.926.024 Mark (1,5 Billionen) festhält. Zur Erinnerung an die Inflation wurden die Baukosten am inneren Brückenkopf auf einer Natursteintafel eingraviert, der gegenüberliegende Brückenkopf trägt eine Tafel mit dem Text „Erbaut 1923“.

1880-1918, Darmstadt 1999, bes. S. 711f.; ein besonders frühes Beispiel war die RWE, die aus privatwirtschaftlicher Initiative hervorgegangen war, aber in recht erheblichem Maße auch Städte beteiligte, vgl. Edmund Todd, Von Essen zur regionalen Stromversorgung, 1886 bis 1920. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, in: Helmut Maier (Hrsg.), Elektrizitätswirtschaft zwischen Umwelt, Technik und Politik. Aspekte aus 100 Jahren RWE-Geschichte 1898-1998, Freiberg 1999, S. 17-49.

⁵³ *Mannheimer General-Anzeiger* 1.3.1924 (Abendausgabe).

⁵⁴ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Isarwerk_3 [24.01.2023].

⁵⁵ Auch Gerold Ambrosius verneint eine klare Intention solcher Investitionsstrategien, sich die Inflation zu Nutzen zu machen: „Insofern ist ein Teil der öffentlichen Investitionen tatsächlich, aber ungewollt, über inflationsbedingte Schuldnergewinne bestritten worden“, Ambrosius, S. 385.



Abb. 2: Die Baukosten der Millionenbrücke

Die nur 20 Meter lange Brücke gilt als „teuerste Brücke der Welt“.⁵⁶ Weil das für Straßenbrücken zuständige Badische Kulturbauamt für die baufällige Holzbrücke über die Ach, über welche die Straße nach Schaffhausen führte, keine Verantwortung mehr übernehmen wollte, beschloss der Singener Gemeinderat im April 1923, die Brücke neu zu bauen. Zuschüsse von je einem Drittel sollten vom Kreis und vom badischen Staat kommen. Ein Kostenvoranschlag von Anfang Mai 1923 berechnete die Kosten mit 87.500.000 Mark. Als dann am 7. August die Bauarbeiten begannen, hatten sich die Kosten gegenüber der Kalkulation vom Mai schon versiebenfacht, der bewilligte Zuschuss des Kreises von 30 Millionen Mark war bereits fast bedeutungslos. Am 24. August waren die Kosten auf 12 Milliarden gestiegen, die Stadt drohte in einem Hilferuf an das Badische Arbeitsministerium mit Baueinstellung.

Die Korrespondenz der Stadt Singen mit Kreis und Staat in den folgenden Wochen spiegelt die zunehmende Verzweiflung der Akteure. Zugesagte, teilweise aber verspätet ausbezahlte Zuschüsse verloren quasi über Nacht nahezu vollständig ihren Wert. Die Stadtverwaltung Singen stellte aber – entgegen ihrer schriftlich festgehaltenen Drohung – angesichts der fehlenden Finanzierung nicht den Bau ein, sondern beschritt unkonventionelle Wege. So unterschrieb das Bürgermeisteramt drei Wechsel von insgesamt 75 Milliarden Mark für die Firma Züblin, damit diese das erforderliche Eisen beschaffen konnte, das mit französischen Franken bezahlt werden musste. Und der Stadtrechner überbrückte Finanzierungslücken schlicht mit Hilfe des städtischen Notgelds,

⁵⁶ Wikipedia, „Scheffelbrücke“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Scheffelbrücke> [24.01.2023].

das Singen wie auch viele andere Kommunen 1923 ausgab. Das Notgeld wurde zur Zahlung der Arbeiterlöhne für die am Brückenbau Beschäftigten verwendet. In der Schlussphase des Baus und zugleich auf dem Höhepunkt der Inflation in der zweiten Novemberhälfte musste die Stadt Kredite in Papiermark aufnehmen, für die täglich 8-10 % Zinsen zu zahlen waren. Wegen des Ausbleibens der vom Staat zugesagten Zuschüsse sah sich die Stadt Singen gezwungen, Mittel, die im Haushaltsvoranschlag für den Ankauf von Kohlen und den Bau eines Wohnhauses für zwei Familien vorgesehen waren, für den Brückenbau umzuwidmen. Seit dem 24. November 1923 wurde die Brücke befahren und am 30. November lud die Stadt die Vertreter von Staat und Kreis zu einer Besichtigung ein, betonte jedoch etwas trotzig, dass es eine Feier erst geben werde, „wenn wir von Staat und Kreis die Zuschüsse zur Aachbrücke bekommen haben und wir dann die Brücke bezahlen können“.⁵⁷ Letztendlich kam der Bau durch die vielen Zusatzkosten für die Finanzierung fast dreimal so teuer wie ursprünglich geplant. In der Schlussabrechnung vom Januar 1924 wurden die Gesamtkosten in Papiermark mit 1.520.940.901.926.024,- festgestellt und dieser Betrag wurde auch auf dem Innenfeld der Brückenmauer eingemeißelt. In Singen läuft die offiziell „Scheffelbrücke“ benannte Brücke bis heute unter der Bezeichnung „Millionenbrücke“, obwohl es um 1,5 Milliarden ging.⁵⁸

7. Gegen die „Selbstaufgabe“ der Stadt. Der erste Konstanzer Haushalt nach der Hyperinflation

Anfang Dezember 1923, kurz nachdem die Reichsregierung rigoros die Notenpresse stillgelegt hatte, appellierte der Konstanzer Oberbürgermeister Dr. Moeckel nachdrücklich an die Steuerzahler*innen der Stadt, ihre fällige Steuerzahlung auf Grundvermögen und Gewerbekapital baldmöglichst zu begleichen, denn die Stadt sei in einer Klemme. Man müsse auf Regierungsverfügung die 40-50 Milliarden städtischen Notgelds einlösen. Allerdings habe die Stadt „damit ein glänzendes Geschäft gemacht, denn sie zahle den Kredit mit entwertetem Geld zurück“.⁵⁹ Die Konstanzer Notlage war nicht untypisch für die Finanzlage auch in anderen Städten: Vielerorts hatte man die ständig steigenden Anforderungen nur durch Kreditaufnahme und in der Hyperinflation dann zu-

⁵⁷ Zit. nach Hans Maier, Der Bau der Scheffel- oder Billionenbrücke über die Aach, in: Singener Jahrbuch 1968, S. 43-51, hier S. 51.

⁵⁸ Stadtarchiv Singen, Gemeindeforschung XVII/197 1923-1936, Erbauung einer neuen Aachbrücke / Scheffelbrücke in der Gottmadingerstr. (Kreisweg No. 20); Maier, Bau.

⁵⁹ Konstanzer Zeitung 6.12.1923; der Betrag entsprach nach der Stabilisierung 40.000-50.000 Goldmark.

sätzlich durch die Ausgabe von Notgeld decken können.⁶⁰ Diese Möglichkeit der Finanzierung war durch die Stabilisierung schlagartig versiegt, zugleich war aber auch die Schuldenlast der Stadt durch die Inflation – mit Ausnahme der in Valuta lautenden Kredite, in Konstanz zum Beispiel Schulden für die Milchlieferung aus der Schweiz – radikal geschrumpft. Diese Ausgangslage kennzeichnet den ersten Haushaltsplan der Stadt nach dem Ende der Inflation: Der bereits im Juni 1924 – das Haushaltsjahr lief vom 1.4.1924 bis 31.3.1925 – berattene Etat sah Ausgaben von 2,7 Mio. Mark und Einnahmen von 1,7 Mio. Mark vor. Der „ungeddeckte Aufwand“ von rund 1 Mio. Mark musste durch Umlagen auf Grund und Boden sowie Betriebskapital gedeckt werden. Damit wurden die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden deutlich stärker belastet als noch vor dem Krieg, als für die Deckungslücke zusätzlich noch der kommunale Zuschlag zur Einkommens- und Vermögenssteuer herangezogen werden konnte, der durch die Erzbergersche Steuerreform von 1920 den Gemeinden entzogen worden war. Vergleicht man den Voranschlag mit dem letzten Friedenshaushalt von 1913, dann zeigen sich erhebliche Mehrausgaben bei den Fürsorgeaufwendungen, in der Wohnungsfürsorge und bei den Personalausgaben. Eine deutliche Entlastung trat jedoch im Schuldendienst auf, der 1913 noch 28 % der Ausgaben beansprucht hatte und 1924 nur noch mit 1,7 % valutierte. Angesichts umfangreicher Streichungsvorschläge des Stadtverordnetenvorstands schloss der Oberbürgermeister seine Haushaltsrede mit einem Appell an den Selbsterhaltungswillen der Stadt: „[V]ielmehr muß eine Gemeinde auch in schlechten Zeiten wie den heutigen eine Reihe von Tätigkeiten ausüben und entfalten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will“.⁶¹ In der Debatte forderten insbesondere die Sprecher der bürgerlichen Parteien Zentrum und Vereinigte Rechtsparteien, aber auch die erst im November 1922 in den Bürgerausschuss gelangte Mittelstandsliste Wirtschaftliche Vereinigung radikale Sparsamkeit und warnten mit drastischen Worten vor einer übergroßen Belastung der Steuerzahler.

Der Sparwille wurde trotz aller Rhetorik letztlich mit Augenmaß praktiziert: So verzichtete man nach plausiblen Darlegungen des Stadtschulrats über den verheerenden Zustand der Lehrmittel im Volksschulbereich auf die anfänglich geforderte Streichung des dafür eingestellten Betrags und kürzte auch den Theaterzuschuss nur mäßig. Insgesamt sank der ungedeckte Aufwand dank der Beschlüsse immerhin von 1 Million auf 850.000 Mark. Weil die Steuerkataster zu diesem Zeitpunkt noch nicht überarbeitet waren, konnte man die benötigte Umlage noch nicht dauerhaft festsetzen. Erst im September 1924 wurde dies

⁶⁰ Vgl. Sebastian Teupe, Stadt – Land – Reich in diesem Heft.

⁶¹ Stadtarchiv Konstanz, S II 12765 Voranschlag 1924/25, Etatrede des Oberbürgermeisters vom 16.6.1924, S. 9.

zusammen mit einem Nachtragshaushalt erledigt, der dank größerer Kassenreste und höherer Überweisungen von Reichssteuern ein etwas kleineres Defizit von nur noch 750.000 Mark aufwies, das mit einem Steuersatz von 0,65 % (65 Pfennig auf 100 Mark Steuerwert) gedeckt wurde. Dass die Stadt nach wie vor an monatlicher Steuererhebung festhielt, zeigt, wie groß die Liquiditätsprobleme immer noch waren. Wäre man zu quartalsmäßiger Umlagezahlung wie vor der Inflation zurückgekehrt, hätten größere Zahlungsausfälle gedroht.

Effektiv brachte der Haushalt – wie auch für Stuttgart kurz erwähnt – wieder eine deutlich stärkere Belastung von Grundbesitzern und Gewerbetreibenden, die in den Inflationsjahren durch die Wirkung der Geldentwertung real erheblich entlastet worden waren. Dies führte jedoch auch dazu, dass sich der Protest seitens der mittelständischen Vertreter im Bürgerausschuss gegen die städtische Wirtschaftstätigkeit verstärkte: Man protestierte gegen den Ausbau städtischer Werkstätten in den technischen Betrieben, gegen die Förderung von Baugenossenschaften seitens der Stadt und gegen den kommunalen Wohnungsbau. Ähnliche Proteste gegen kommunale Investitionen zeigten sich auch in der Münchner Kommunalpolitik nach der Hyperinflation: So wurde der „Untergang des Mittelstands“ beschworen und scharfe Kritik seitens der bürgerlichen Parteien am Kauf des unrentablen Hotels „Vier Jahreszeiten“ geübt.⁶² Im Konstanzer Haushalt gab es allerdings für Investitionen wie einen verstärkten kommunalen Wohnungsbau zunächst keinerlei Spielraum; erst nachdem der Dawes-Plan eine gewisse Entspannung auf dem Kapitalmarkt gebracht hatte, konnte die Stadt im August 1925 mit der Aufnahme eines Auslandsdarlehens von 2 Mio. Mark wieder Spielraum für größere Investitionen schaffen.⁶³ Allerdings erwies sich die inflationsbedingte Entlastung des Haushalts beim Schuldendienst als recht kurzfristig. Bereits 1927 hatte sich der Schuldendienst gegenüber 1925 wieder vervierfacht und der Umlagesatz musste auf 1 % erhöht werden, was massiven Protest der Hausbesitzer und Gewerbetreibenden auslöste.⁶⁴

8. Ausblick

Der Stuttgarter Stadtpfleger Schäfer hatte in seinem Ausblick auf die zukünftige Haushaltsentwicklung ein eher pessimistisches Bild gezeichnet und die Tendenz des württembergischen Staates kritisiert, auch seinen Anteil an der Um-

⁶² Vgl. Geyer, S. 359.

⁶³ Vgl. Schott, Konstanzer Gesellschaft, S. 501-508, zum Auslandsdarlehen Deutsche Bodensee-Zeitung 12.8.1925.

⁶⁴ Vgl. Werner Trapp, Konstanz in den Jahren von 1924 bis 1933, in: Lothar Burchardt/Dieter Schott/Werner Trapp (Hrsg.), Konstanz im 20. Jahrhundert, Konstanz 1990, S. 177.

satzsteuer deutlich zu steigern. Damit würde „die Autonomie der Gemeinde[n] [...], denen diese Hauptsteuerart früher nahezu ausschließlich zu Gebote stand, [...] weiterhin stark eingeschränkt“.⁶⁵ Die Finanzlage erfordere einerseits eine konsequente Reduzierung der Ausgaben, andererseits seien nach „nahezu 10 Jahre[n] dauernde[r] Einengung, ja fast völlige[r] Lähmung der Stadtverwaltung in der Ergreifung wichtiger Maßnahmen“ eine Reihe von Baumaßnahmen im Gesundheits- und Schulbereich unabweisbar. Schäfer zog daraus letztlich eine politische Konsequenz, sein Artikel mündet in eine Kritik der finanzpolitischen Beschneidung der Kommunen nach 1918: „Von höchster Bedeutung wäre hierbei die Wiederherstellung der steuerlichen Selbstständigkeit der Gemeinden. Die völlige finanzielle Abhängigkeit von Reich und Ländern ist für die Gemeinden auf die Dauer nicht erträglich“.⁶⁶ Eine solche Position entsprach dem Grundtenor städtischer Kritik an der Finanzpolitik und Steuerverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in den 1920er Jahren.⁶⁷

Tatsächlich können wir beobachten, dass die meisten deutschen Städte zwar in der unmittelbaren Phase nach der Inflation dem vom Reich verfügbten Personalabbau Folge leisteten und ihre Haushalte oberflächlich konsolidierten. Jedoch kehrten sie, als dies durch die Entspannung der internationalen Kreditlage und die Verfügbarkeit amerikanischer Kredite möglich wurde, wieder zu einem Kurs kommunaler Investitionen auf breiter Front – und zumeist kreditfinanziert – zurück.⁶⁸ Dieser Kurs wurde von Reichsbankpräsident Schacht, aber auch von vielen Politikern der bürgerlichen Rechtsparteien kritisch begleitet. Wirtschaftsvertreter kritisierten insbesondere die Tendenz, die Erträge aus den kommunalwirtschaftlichen Betrieben zu maximieren, was zu einer Verteuerung von Gas- und Strompreisen für die lokale Wirtschaft und die lokalen Verbraucher führte. Es entwickelte sich der Slogan der „kalten Sozialisierung“, mit dem die vermeintliche Ausweitung der Kommunalwirtschaft und des kommunal geförderten Wohnungsbaus zu Lasten der lokalen privaten Handwerks- und Gewerbebetriebe kritisch kommentiert wurde.⁶⁹ Diese Politik ermöglichte

⁶⁵ Schäfer, S. 141.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Vgl. etwa Gisela Upmeier, Der Kampf der Gemeinden gegen die politische Bevormundung durch Reich und Länder, in: Karl-Heinrich Hansmeyer (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart u.a. 1973, S. 139-143. Vgl. auch den Beitrag von Sebastian Teupe in diesem Heft.

⁶⁸ Vgl. Wolfgang R. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989, S. 169-172.

⁶⁹ Vgl. Carl Böhret, Aktionen gegen die ‚kalte Sozialisierung‘ 1926-1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik, Berlin 1966; Krabbe, S. 171f.; Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt am Main 1985, S. 151-153.

einerseits baulich und sozial sehr beachtliche Leistungen, man denke etwa an die beispielhaften Sozialwohnsiedlungen eines Ernst May oder eines Martin Wagner in Frankfurt und Berlin.⁷⁰ Mit dem Versiegen der Refinanzierungsmöglichkeiten kommunaler Kredite seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurde sie andererseits Anfang der 1930er Jahre kurzfristig und radikal beendet. Der Topos von der „Krise der Selbstverwaltung“, der von führenden konservativen Staatsrechtlern um 1930 postuliert wurde, wurde dann auch Bestandteil der umfassenderen Delegitimierung der Weimarer Republik insgesamt, die Anfang der 1930er Jahre ihren Höhepunkt erreichte.

Die Erfahrung der Hyperinflation beförderte für städtische Verwaltungen Prozesse administrativer Rationalisierung, wie sich unter anderem an der Veränderung und Beschleunigung der Beschlussfassung über kommunale Gebühren und Tarife beobachten lässt. Die Hyperinflation brachte eine tiefgreifende, aber letztlich nur vorübergehende Dysfunktionalität der städtischen Finanzwirtschaft. Es scheint aber, als ob die Städte nach dieser Erschütterung bestrebt waren, wieder zu einem „Normalzustand“ zurückzukehren, der sie in ihrem Selbstverständnis dazu zwang, die als notwendig erachteten Investitionen zu tätigen und dafür Schulden aufzunehmen. Bemerkenswert ist, dass der Investitionsrückstand durch Krieg und Inflation zwar generell das städtische Handeln prägte. Aber in ausgewählten, offenbar als strategisch hoch relevant erachteten Bereichen wie der Energie-Infrastruktur wurde viel Aufwand darauf verwendet, um bereits in Gang gesetzte Großinvestitionen selbst mitten in der Hyperinflation zum Abschluss zu bringen.

Abbildungsnachweis

Abb. 1: D. Sigloch, Die technischen Betriebe der Stadt Stuttgart, in: Fritz Elsas(Hrsg.), Stuttgart. Das Buch der Stadt, Stuttgart 1925 (Repr. 1980), S. 154.

Abb. 2: Dieter Schott.

⁷⁰ Zu May vgl. Gerd Kuhn, Wohnkultur und kommunale Wohnungspolitik in Frankfurt am Main, 1880 bis 1930, Bonn 1995; zu Martin Wagner vgl. Ludovica Scarpa, Martin Wagner und Berlin. Architektur und Städtebau in der Weimarer Republik, Braunschweig 1985.